

Gesetz über die religiöse Kindererziehung

Vom 15. Juli 1921

(RGBl. 1921 S. 939), mit Änderungen vom 12. September 1990 (BGBl. I 1990 S. 2002, 2023) und vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I 2008 S. 2728)

§ 1	Freie Einigung der Eltern
§ 2	Fehlen der freien Einigung
§ 3	Personensorge der Mutter oder des Vaters
§ 4	Verträge über religiöse Erziehung eines Kindes
§ 5	Entscheidung des Kindes
§ 6	Nicht bekenntnismäßige Weltanschauung
§ 7	
§ 8	
§§ 9 und 10	(gegenstandslos)
§ 11	

§ 1

Freie Einigung der Eltern

1Über die religiöse Erziehung eines Kindes bestimmt die freie Einigung der Eltern, soweit ihnen das Recht und die Pflicht zusteht, für die Person des Kindes zu sorgen. 2Die Einigung ist jederzeit widerruflich und wird durch den Tod eines Ehegatten gelöst.

§ 2

Fehlen der freien Einigung

(1) Besteht eine solche Einigung nicht oder nicht mehr, so gelten auch für die religiöse Erziehung die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen.

(2) Es kann jedoch während bestehender Ehe von keinem Elternteil ohne die Zustimmung des anderen bestimmt werden, dass das Kind in einem anderen als dem zur Zeit der Eheschließung gemeinsamen Bekenntnis oder in einem anderen Bekenntnis als bisher erzogen, oder dass ein Kind vom Religionsunterricht abgemeldet werden soll.

(3) 1Wird die Zustimmung nicht erteilt, so kann die Vermittlung oder Entscheidung des Familiengerichts beantragt werden. 2Für die Entscheidung sind, auch soweit ein Missbrauch im Sinne des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht vorliegt, die Zwecke der Erziehung maßgebend. 3Vor der Entscheidung sind die Ehegatten sowie erforderlichenfalls Verwandte, Schwägerte und die Lehrer des Kindes zu hören, wenn es ohne erhebliche Verzögerung oder unverhältnismäßige Kosten geschehen kann. 4Der § 1779 Abs. 3 Satz 2

des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet entsprechende Anwendung. ⁵Das Kind ist zu hören, wenn es das zehnte Jahr vollendet hat.

§ 3

Personensorge der Mutter oder des Vaters

(1) Steht dem Vater oder der Mutter das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen, neben einem dem Kinde bestellten Vormund oder Pfleger zu, so geht bei einer Meinungsverschiedenheit über die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses, in dem das Kind erzogen werden soll, die Meinung des Vaters oder der Mutter vor, es sei denn, dass dem Vater oder der Mutter das Recht der religiösen Erziehung aufgrund des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entzogen ist.

(2) ¹Steht die Sorge für die Person eines Kindes einem Vormund oder Pfleger allein zu, so hat dieser auch über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen. ²Er bedarf dazu der Genehmigung des Familiengerichts. ³Vor der Genehmigung sind die Eltern sowie erforderlichenfalls Verwandte, Verschwägerte und die Lehrer des Kindes zu hören, wenn es ohne erhebliche Verzögerung oder unverhältnismäßige Kosten geschehen kann. ⁴Der § 1779 Abs. 3 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet entsprechende Anwendung. ⁵Auch ist das Kind zu hören, wenn es das zehnte Lebensjahr vollendet hat. ⁶Weder der Vormund noch der Pfleger können eine schon erfolgte Bestimmung über die religiöse Erziehung ändern.

§ 4

Verträge über religiöse Erziehung eines Kindes

Verträge über die religiöse Erziehung eines Kindes sind ohne bürgerliche Wirkung.

§ 5

Entscheidung des Kindes

¹Nach der Vollendung des 14. Lebensjahrs steht dem Kinde die Entscheidung darüber zu, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich halten will. ²Hat das Kind das 12. Lebensjahr vollendet, so kann es nicht gegen seinen Willen in einem anderen Bekenntnis als bisher erzogen werden.

§ 6

Nicht bekenntnismäßige Weltanschauung

Die vorstehenden Bestimmungen finden auf die Erziehung der Kinder in einer nicht bekenntnismäßigen Weltanschauung entsprechende Anwendung.

§ 7

1Für Streitigkeiten aus diesem Gesetz ist das Familiengericht zuständig. 2Ein Einschreiten von Amts wegen findet dabei nicht statt, es sei denn, dass die Voraussetzungen des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorliegen.

§ 8

Alle diesem Gesetz entgegenstehenden Bestimmungen der Landesgesetze werden aufgehoben.

**§ 9 und 10
(gegenstandslos)**

§ 11

Das Gesetz tritt am 1. Januar 1922 in Kraft.

